

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

14.4.1930 (No. 89)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Wohlfahrtshaus
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. H. M. u. d.,
Karlsruhe

W e z u g s p r e i s : Monatlich 8,25 RM, einjährig 82,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wertschwund, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Verantwortung, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südbadische Landeskammer)

Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist seit Anfang April um rund 9000 zurückgegangen. Der Abbau der Winterarbeitslosigkeit ist langsamer geworden. Besondere Gründe dafür sind nicht zu erkennen. Es wird auf den im allgemeinen schwächeren Auftrieb der Saisongewerbe zurückzuführen sein und liegt in der Entwicklungsrichtung der letzten Jahre. Die Arbeitsmarktkurve der Jahre 1927 und folgende sehen in ihrem Verlauf sehr ähnlich aus. Es ist aber auf einen wesentlichen Unterschied hinzuweisen. Der Tiefstand der Arbeitslosigkeit im Sommer erhöhte sich im Reich in den 8 Jahren, von Jahr zu Jahr mit großer Regelmäßigkeit um etwa 120 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung. Die Bewegung des Arbeitsmarktes in Südbadische Landeskammer verläuft ganz parallel. Nach der bisherigen Entwicklung des Arbeitsmarktes zu schließen, wird es in diesem Jahr nicht anders sein.

Bemerkenswert ist der Stand der weiblichen Arbeitslosigkeit. Südbadische Landeskammer hat einen ausgeprägten, weiblichen Arbeitsmarkt. Im Reich kommen auf 100 erwachsene Arbeiterinnen 82 Arbeiterinnen, in Südbadische Landeskammer auf 89. Das liegt daran, daß das Spinnstoff- und Bekleidungs-gewerbe, dazu die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, insbesondere die Tabakindustrie, große Bedeutung haben. Auch in der Uhren- und Schmuckwarenindustrie werden weibliche Arbeitskräfte in großer Zahl beschäftigt. Auf 100 Arbeiter kommen im Spinnstoffgewerbe Südbadische Landeskammer 100 Arbeiterinnen, in Bekleidungs-gewerbe 108, in der Nahrungs- und Genussmittel-industrie 92; in Handelsgewerbe kommen auf 100 männliche Angestellte 81 weibliche. Die weibliche Arbeitslosigkeit liegt meistens über den genannten Verhältniszahlen. Auf 100 männliche Empfänger von Arbeitslosenunterstützung kommen im Bekleidungs-gewerbe 49 weibliche, im Spinnstoffgewerbe dagegen 201, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 144. Hier ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen ganz besonders hoch. In der Krisenunterstützung ist das Verhältnis noch ungünstiger. Da kommen auf 100 männliche 891 weibliche Unter-stützungsempfänger im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Das hängt mit den besonderen Verhältnissen im Tabakgewerbe zusammen. Die weibliche Arbeitslosigkeit hat überhaupt die Tendenz, langfristig zu werden, vor allem wenn in Heimarbeit gearbeitet wird. Im Bezirk Südbadische Landeskammer kommen gegenwärtig auf 100 männliche 16 weibliche Unterstützungsempfänger, in der Krisenunterstützung 28. Bei der Beurteilung der Zahlen ist zu beachten, daß die Saisonberufe, die keine weiblichen Arbeitskräfte haben, die Zahl der männlichen Arbeitslosen in die Höhe treiben. Von der Statistik der unter-stützten Arbeitslosen aus gesehen, scheint der weibliche Arbeits-markt ungünstiger zu sein. Die tatsächliche Wirtschaftslage des weiblichen Arbeitsmarktes ist aber ohne Zweifel besser, als die Zahlen zeigen.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag ist Samstag mit-tag in Berlin unterzeichnet worden. In dem Vertrag ist der wesentliche Inhalt des deutsch-österreichischen Wirtschafts-abkommens sowie der Zusatzverträge aufrechterhalten worden. Der Textteil des Vertrages baut sich auf dem Grundsatz der Weisbegünstigung auf. In den Tarifanlagen ist deutsch-österreichische eine Ermäßigung des Zolles für Schnittholz aus Kanne, Fichte und Lärche gewährt worden. Was die Ein-fuhr österreichischer Industrieerzeugnisse nach Deutschland betrifft, so sind Erleichterungen geschaffen worden. Hinsicht-lich der Ausfuhr deutscher Waren nach Österreich bleibt es für Messerschmiedewaren und Meiststoffe bei den bisher von Österreich gewährten Zollermäßigungen. Das gleiche gilt auch für das Textilgebiet. Die Einfuhr deutscher Maschinen nach Österreich wird in Zukunft dadurch erleichtert werden, daß auf Grund einer bei den Verhandlungen vereinbarten Freiliste eine große Anzahl deutscher Spezialmaschinen künf-tig zollfrei nach Österreich eingeführt werden können.

Der neue Zwist in China

Benhsichan beschlagnahmt Nanking Zölle

London, 14. April. (Tel.) „Times“ melden aus Peking: Benhsichan hat den Zollbehörden in Tientsin Befehl gegeben, die Zolleinnahmen zu seiner Verfügung zu halten, mit Ausnahme des Teiles, der von der nationalchinesischen Regierung für den Dienst der aus- u. inländischen Anleihe bestimmt wurde und der ungefähr die Hälfte der Zolleinnahmen aus-macht. Durch diesen Schritt verringert Benhsichan die Ein-nahmen der Nankingregierung um ungefähr 8 Millionen Taels (16 Millionen Reichsmark) im Jahre. „Daily Telegraph“ meldet, die neue Regierung, die kürzlich in Peking von General Benhsichan eingesetzt wurde, habe Befehl gegeben, daß alle im Dienste des Generals Tschiang-kaischek stehenden ausländischen Offiziere, falls sie gefangen-genommen werden, unverzüglich hingerichtet werden sollen. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß dieser Befehl kaum praktische Wirkung haben werde, da die ausländischen militä-rischen Ratgeber sich nicht in die Frontlinie zu begeben pflegten.

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung

Wenige Stimmen ausschlaggebend

Br. Berlin, 14. April (Priv.-Tel.) Im Reichstage rechnet man damit, daß die Abstimmungen in dritter Lesung, die über das Finanz- und Agrarprogramm und über das Schicksal des Reichstages die letzte Entschwei-dung bringen werden, etwa zwischen 2 und 3 Uhr nachmit-tags stattfinden. Der Ausgang der Abstimmungen ist voll-kommen ungewiß. In parlamentarischen Kreisen über-wiegt allerdings erheblich die skeptische Beurteilung. Optimisten selbst rechnen nur mit ganz geringen Mehrheiten von 2 bis 3 Stimmen, doch ist dies außerordentlich zweifel-haft und hängt davon ab, ob die deutschnationalen Gruppe Herst, die am Samstag durch Nichtanwesenheit Enthaltung über, und 7 Abgeordnete stark ist, für die Regierung eintritt. Aber selbst wenn das beim § 1a (Verbindung von Agrar- und Dedungsvorlagen) der Fall ist, droht eine neue Klippe bei der Biersteuer, die am Samstag nur eine Mehrheit von 4 Stimmen fand. Das Schicksal des Reichstages ist also bis zu den Abstimmungen zweifelhaft.

Es ist den Sozialdemokraten gelungen, noch 19 Mitglieder ihrer Fraktion mehr an die Front zu führen, als am Samstag, wo bekanntlich 24 sozialdemokratische Abge-ordnete fehlten. Dazu kommen noch 4 Nationalsozialisten und 3 Kommunisten mehr. Von den Nationalsozialisten sind alle 4 am Samstag abwesenden Mitglieder erschienen, darunter auch der thüringische Abgeordnete Fried. Ebenso versucht man natürlich auch im Lager der Regierungsparteien, den letzten Mann heranzubringen. So ist z. B. ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei von Italien her im Flugzeug unter-wegs. Man rechnet auch damit, daß noch einige Deutschnatio-nale die Regierung zum mindesten durch Stimmenthaltung unterstützen werden.

Jedenfalls ist aber die Situation so, daß die Entschwei-dung an wenigen Stimmen hängt. Unter diesen Umständen sieht man der Abstimmung natürlich allgemein mit starker Spannung entgegen. Sollte die Mehrheit für die Re-gierung nicht zu erreichen sein, so besteht auch heute kein Zweifel daran, daß der Reichstag unverzüglich auf-gelöst werden würde.

Der französische Staatshaushalt

Verabschiedung in der Kammer

Paris, 14. April (Tel.) Die Kammer hat in ihrer Nachmittags-Sitzung das Budget mit 461 gegen 118 Stimmen verabschiedet und sich dann auf Dienstag vertagt. Das Budget geht morgen wieder an den Senat. Die Einnahme in der augen-blicklichen Fassung der Kammer stellen sich auf 50 460 161 033 Franken, die Ausgaben auf 50 422 406 844 Franken.

Eine neue weißrussische Armee?

London, 14. April. (Tel.) „Daily Herald“ berichtet in großer Aufmachung von einem „erkantlichten Komplott“, dessen Ziel die Bildung einer russischen „weißen Armee“ in London sei. Als Ziel der Organisation werde angegeben, die Rettung des Generals Antipoff, nötigenfalls durch Gefangen-nahme von Gesehn, die Vernichtung des jetzigen Regimes in Rußland und die Wiederherstellung der Erbschaft der Romanoffs. „Daily Herald“ zufolge stellt die englische politische Ge-heimpolizei Nachforschungen nach den Urhebern des Planes an.

Randit Rehr verhaftet

Allahabad, 14. April. (Tel.) Der Präsident des indischen Nationalkongresses, Randit Jawaharlal Rehr, ist heute vormittag auf dem Bahnhof von Ghedi wegen Verletzung des Gesetzes über die Salzsteuer verhaftet worden. Ghandi hat, wie es heißt, seine im Seminar in Allahabad wohnende Frau in einem Brief aufgefordert, sich den Frauen von Achram anzuschließen, um den Verkauf alkoholischer Getränke durch die Aufstellung von Streikposten zu verhin-dern.

Lohnstabilisierung im Baugewerbe. Der „Frankf. Ztg.“ zu-folge hat das Haupttarifamt für das Baugewerbe, Eich Berlin, in mehrfährigen und äußerst schwierigen Verhandlungen für sämtliche Bezirke im Reich verbindliche Schiedssprüche ge-fällt, nach denen die bisherigen Löhne um ein weiteres Jahr unverändert bestehen bleiben. Die Frühjahrslöhnbewegungen im deutschen Baugewerbe, deren Ergebnissen von der gesam-ten Wirtschaft und darüber hinaus auch von der Öffentlich-keit mit erster Sorge entgegenzusehen wurde, sind damit zum Abschluß gekommen.

Der deutschnationalen Parteivorstand ist zum 1. Mai zusam-menberufen worden. Die Sitzung hat den Zweck, eine Klä-rung innerhalb der Partei herbeizuführen. Im Reichstag haben bei den Abstimmungen über den § 1a nur 21 Abge-or-dnete mit Dr. Eugenbergs gegen den Regierungsvorschlag ge-stimmt.

Der Endkampf im Reichstag

Die heutige Reichstagsitzung

B. Berlin, 14. April (Tel.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Montagsitzung des Reichstages steht die dritte Beratung der Dedungs-vorlagen, beginnend mit dem Agrarprogramm. Die Ab-stimmungen sollen jedoch erst nach der Aussprache über alle Vorlagen erfolgen. Die Sitzung wird um 10 Uhr er-öffnet.

Abg. Goerke (Stamm.) protestiert gegen das Agrarpro-gramm der jetzigen Regierungsparteien und wirft den Sozial-demokraten Mißgunst vor.

Abg. Geyl (Chr. Nat. Vpt.) bedauert, daß am Samstag auch Mitglieder von bürgerlichen Parteien gegen das mit dem Agrarprogramm verbundene Dedungsprogramm gestimmt haben. Trotz der Bedenken gegen einzelne Steuerentwürfe müsse das Dedungsprogramm von allen Freunden der Land-wirtschaft angenommen werden, weil sonst die Durchführung des Agrarprogramms gefährdet sei. Der Redner bittet ins-besondere die Mitglieder des Bauernbundes, ihre vielleicht an sich berechtigten Bedenken gegen die Biersteuer zurückzustellen. Die Steuerentwürfe der Regierung seien in wesentlichen Punkten verbessert worden.

Abg. Dr. Silberding (Sozdem.): Wenn hinter irgendeinem Programm nur die Mehrheit der Stimmen, nicht aber die Mehrheit der Überzeugungen steht, so hinter dem neuen Agrarprogramm. Dieses Programm bedeutet eine außer-ordentlich große Gefahr nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Wirtschafts- und Handelspolitik. Die unvermeidliche Folge würde eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen und eine Gefährdung der Stabilität der deutschen Handelspolitik sein. International kann die Über-spannung der deutschen Zollpolitik die furchtbare Gefahr her-aufschwören, daß auch England, Holland, Belgien und an-dere Länder zum Protektionismus übergehen. Unsere geist-liche Ausfuhr nach den europäischen Ländern gab in den letzten Jahren 1 1/2 Millionen deutschen Arbeitern Beschäftigung. Dieses handelspolitische Verhältnis wird gestört durch das überspannte Schiele-Programm. Mit diesem Programm wird eine Abenteuerverpolitik getrieben, die unsere industrielle Produktion mit vielen Milliarden belasten muß. Wie die Abstimmungen auch ausfallen werden, wir werden den Wahl-kampf führen für die Aufrechterhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Abg. D. Mumm (Chr.-nat. Arbeitgem.): Wenn es zur Reichstagsauflösung kommen sollte, so werden wir Christlich-nationalen mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen und dabei für die Verlebung einer christlich-nationalen Kulturpolitik wirken. Die internationale wirtschaftspolitische Einstellung Dr. Silberdings geht vorüber an der Notwendigkeit, der deut-schen Bauernschaft das „eben zu erhalten. Was soll mit dem Agrarprogramm der neuen Regierung erreicht werden. Wir erstreben die Siedlungspolitik, mit der die in der Industrie überflüssigen Arbeitskräfte als Bauern auf eigener Scholle für die Volksernährung arbeiten können.

Reichsernährungsminister Schiele

tritt den Ausführungen des Abg. Silberding entgegen mit dem Hinweis auf den Abstand, in dem sich der Index der Preise für Agrarprodukte von dem viel höheren Industrie-index befindet. Der Sinn des vorliegenden Agrarprogramms liegt gerade darin, einen gesunden Ausgleich zwischen Indu-strie und Landwirtschaft herbeizuführen. Die große Arbeitslosigkeit spricht nicht dafür, daß unsere wirtschaftlichen Ver-hältnisse gesund sind. Auch hier schwingt nicht die Krankheits-erscheinung, die sich bei der Landwirtschaft bemerkbar macht, in der zu niedrigen Preisgestaltung ihrer Produkte. Die An-sammlung ungeheurer Weizenpools in den überreichen Ländern nötigt alle europäischen Länder zu ähnlichen Ab-wehrmaßnahmen, wie sie das vorliegende deutsche Agrarpro-gramm enthält. Selbst das freihändlerische England befaßt sich mit solchen Maßnahmen. Er gibt die Erklärung ab, daß die der Regierung zu gebende Ermächtigung auch die Möglichkeit einschließt, weiterhin den Zoll für Gerste zur Viehfütterung bei gleichzeitigem Bezug von essbarem Roggen auf 2 M herabzusetzen. Bei den Einfuhrzöllen sei nicht daran gedacht, dadurch die Reichskasse stärker in Anspruch zu neh-men.

Zur Gefrierfleischfrage erklärt der Minister, er habe nicht die Absicht, der bedürftigen Bevölkerung den Genuß von Fleisch zu erschwinglichen Preisen unmöglich zu machen, er sei vielmehr entschlossen, der wirklich minderbemittelten Be-völkerung den bisherigen Fleischverbrauch zu ermöglichen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde.

Lagung der Landkreise. Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Landkreistages halten am 15. und 16. Mai in München ihre diesjährigen Hauptversammlungen ab. Damit wird eine große Kundgebung der deutschen Landkreise verbunden sein, auf der u. a. der Würzburger Professor Dr. Laforet und der Stettiner Landrat Dr. Schöne über die „Grenzen der Selbstverwaltung“ referieren werden.

Beschmützung des Reichstagsgebäudes. Mehrere Portale des Reichstagsgebäudes wurden in der Nacht zum Sonntag mit roter Farbe beschmützt und die Inschrift angebracht: „Tod dem Young“. Darunter war ein Hakenkreuz gezeichnet. Das Ludwigliche in Bilmersdorf wurde dadurch verunziert, daß ein Plakat der Internationale angeklebt wurde. Die Per-sonen wurden mit SPD-Plakaten und Kleinfertopfen festgenom-men.

Mit der Beilage: 49. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Wirtschaft der Stadt Berlin

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags erregte Verwunderung, daß schon 1926 in öffentlicher Sitzung scharfe Angriffe gegen Busch gerichtet waren, in denen man ihm geradezu Bestechung vorgeworfen hatte. Verschiedene Ausschussmitglieder fragten an, warum trotz der schweren Beschuldigungen kein Disziplinarverfahren gegen Busch eingeleitet worden sei, und warum am Freitag sogar noch Oberbürgermeister Böh sich schützend vor Busch gestellt habe. Dann wurden noch einige von den 12 Vertretern vernommen, die teil auf juristischem, teils auf finanziellem Gebiet für die Pringen im Falle Düppel tätig waren und Provision erhalten haben. Der Bankier Szalotzki hat 125 000 RM dabei verdient, der Bankier Graetz 15 800 RM.

Die Sensation des Samstages war die Zeugenaussage des Kaufmanns Sachs, eines alten Bekannten des Busch. Er hat an zwei größeren Geschäften für von Busch ermöglichte Vermittlerleistung rund 325 000 RM verdient, davon dem Günther 25 000 RM abgeben und will vor allem an Busch selbst 75 000 RM für die Wirtschaftspartei bezahlt haben, und zwar zu einer Zeit, als Busch bereits von der Wirtschaftspartei ausgeschlossen war.

GW. Berlin, 14. April. (Priv.-Tel.) Die Staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen über die Grundstücksgeschäfte der Stadt Berlin wurden am Samstag bis in die späten Abendstunden weitergeführt. In mehreren Stellen, darunter auch bei Personen, die in den letzten Tagen von Landtagsauschuss als Zeugen vernommen wurden, wurden Vernehmungen abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurde wertvolles Material beschlagnahmt. Das Gericht, der Erlass eines Haftbefehls gegen Busch stehe unmittelbar bevor, ist, wie der „Montag“ von zuständiger Stelle wissen will, falsch. Der Staatsanwalt denke nicht daran, Busch zu verhaften, da der kranke Mann aus Gesundheitsrücksichten doch wieder aus dem Gefängnis entlassen werden müßte. Im übrigen sei das bereits sicher gestellte Material so ausreichend, daß eine Verdunkelungsgefahr kaum mehr bestehe.

Amtsenthbung dreier hannoverscher Landräte

Drei der Deutschnationalen Partei nahestehende hannoversche Landräte, die im hannoverschen Provinziallandtag für einen nationalsozialistischen Mißbilligungsantrag gegen den Oberpräsidenten Kosske gestimmt haben, sind von der preussischen Regierung ihres Amtes entbunden worden. In den Landkreisen, in denen die drei Herren tätig gewesen sind, fanden Protestversammlungen statt. Die Deutschnationale Partei in Hannover erließ einen offenen Aufruf an den Oberpräsidenten Kosske, in dem es u. a. hieß, er möge nicht verkennen, daß schon heute mancher treue Kreuzer es sich ernsthaft überlegen müsse, ob es noch länger zu verantworten sei, die niederländische Bevölkerung einer solchen Willkürherrschaft auszuliefern.

Nun hat sich auch der hannoversche Provinzialauschuss, dessen Vorsitzender einer der entlassenen Landräte war, mit der Angelegenheit befaßt und mit den Stimmen der Rechten, leider auch mit der des demokratischen Vertreters, gegen diejenigen der Sozialdemokraten und des Zentrums eine Entschließung genehmigt, die den Beschluß des preussischen Staatsministeriums als eine Verletzung der Selbstverwaltung zurückweist und die Wiederernennung der drei Landräte in ihr Amt fordert. Oberpräsident Kosske hat die deutschnationale „Niederdeutsche Zeitung“ wegen eines Artikels, der diese Entlassungen in überhöflicher Form kritisierte, auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Freispruch im Mllk-Prozess

Im zweiten Prozess Mllk in Rattowitz wurde das Urteil erster Instanz aufgehoben; der Angeklagte Mllk wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Mllk und sein Verteidiger wurden nach Verlesung dieses Freispruchs auf das herzlichste beglückwünscht.

Das Blatt der polnischen Sozialisten, „Robotnik“, stellt fest, daß der Freispruch gleichzeitig eine Verurteilung der Ankläger darstelle. Die Beamten und „Politiker“, die diesen Prozess heraufbeschworen und den Namen Polens im Auslande gefährdet hätten, müßten der verdienten Strafe zugeführt werden. Auch die „Polonia“, das Organ Korantys, schreibt, daß jeder gerecht denkende Pole ein solches Urteil erwarten mußte. Es sei bedauerlich, daß Mllk, der als Vertreter der deutschen Minderheit dem Polentum nicht besonders sympathisch sei, in den Mittelpunkt der Welt gestellt wurde durch unverantwortliche Nachrichten gewisser polnischer Kreise. Außerdem verlangt die „Polonia“, daß verantwortliche Personen des Nachrichtenendienstes, die eine derartige provokatorische Arbeit tun, wie sie dieser Prozess aufgedeckt habe, zur Verantwortung gezogen werden.

Bei einem Straßenbahnunglück in Glasgow wurden zwei Personen getötet und 65 verletzt, darunter 30 schwer.

Das Wettrudern zwischen den Universitäten Oxford und Cambridge endete am Samstag damit, daß Cambridge mit zwei Längen in 19 Min. 9 Sek. gewann.

Badisches Landestheater

Angelina

Fern dem wildströmenden Fluß der witzlichen und teilweise unlegendar doch auch wichtigen Weiterentwicklung deckt unsere Landesbühne ihren Bedarf an Opernmoderitäten mit — Ausgrabungen. Dies gegenwartsfeindliche Verhalten hat uns heulich den total mißglückten Versuch einer Wiederbelebung der Offenbachschen „Brieganten“ besichert, jetzt folgt die Verjüngung mit einer von dem bairischen Staatskapellmeister Hugo Rühr aufgefischten Oper Hoffinis, die ursprünglich „Generantola“ hieß (geschrieben ein Jahr — 1817 — nach dem Barbier von Sevilla) und heute zur Abwechslung „Angelina“ genannt wird. Aber neben jenem und vielleicht nach dem „Tell“ ist sie gleich den vielen übrigen Bühnenwerken dieses bald in Rom, bald in Paris gefeierten Italiens eben doch — wie ihr Untertitel lautet — ein „Mischenbrüdel“ geblieben, ein sehr zu Recht halbvergessenes Stiefkind seiner Muße, das überhaupt nur unter der stillschweigenden Vorgusssetzung einer gewissen Theatermode eine ganz kurze Zeit leben konnte.

Rein musikalisch scheinen wir vielleicht mit solcher Ansicht zu wenig entgegenkommend; denn der Wunschtraum nach einer mit allerlei netten kläglichem Aperçus behängten und von einer bezaubernden Selbstverständlichkeit der Erfindung beglänzten Partitur wird tatsächlich erfüllt. Aber wer muß insgeheim doch nicht mokant lächeln über dies Mischenbrüdel, das sich in eine begehrenswerte Koloraturdida (von Mary Effelgroth übrigens mit geduldigem Augenaufschlag dargestellt und trefflich gesungen) gewandelt hat? Wer nimmt einen Moment die grotesken Konsequenzen ernst, die sich aus der undenkbarsten Situation ergeben, daß sich ein tenoraler Prinz ausgerechnet als dessen Stallmeister verkleidet, um in dieser Masse — Wilhelm Neutwig war ihr scharmanter Trä-

Die Samstagabstimmungen im Reichstag

Die Mehrheiten der Regierung

Die Kraftprobe, die Reichstagsler Dr. Brüning am Samstag im Einverständnis mit den hinter der Regierung stehenden Parteien gemacht hat, hat — wie gemeldet — mit dem Sieg der Regierung geendet. Es war bekannt, daß Dr. Brüning schon in der zweiten Beratung das Juncim zwischen Dedungsvorlagen und Agrarprogramm durchsetzen und aus einer Ablehnung die Konsequenz der Reichstagsauflösung ziehen wollte. Mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Deutschnationalen zu den Dedungsvorlagen wurde mit der Ablehnung des Juncimantrages gerechnet. In der Sitzung kam alles ganz anders.

Die namentliche Abstimmung über den Juncimantrag führte zur Annahme dieses Antrages mit 217 gegen 205 Stimmen. Dieses Ergebnis, durch das die Reichstagsauflösung vermieden war, wurde mit Rufstufen der Kommunisten angenommen, und die Bewegung unter den vielen von einem Alprud befreiten Abgeordneten war so lebhaft, daß der Präsident eine kurze Erholungsperiode durch Unterbrechung der Sitzung einlegte.

Die knappe Mehrheit für das Gesetz war dadurch zustande gekommen, daß die Mehrheit der Deutschnationalen, nämlich 81 Abgeordnete, für den Juncimantrag gestimmt hat. 23 Deutschnationale hatten dagegen gestimmt, der deutschnationale Abg. Wiener hatte Stimmenthaltung geübt und sechs Mitglieder der Fraktion hatten sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Auch die Sozialdemokraten konnten nicht in voller Stärke gegen die Regierung antreten, weil 24 Mitglieder der Fraktion fehlten, von denen acht wegen Krankheit oder aus anderen Gründen entschuldigt waren. Von den Kommunisten fehlten sieben, von den zwölf Nationalsozialisten vier.

Nach dieser Einleitung ging die Erledigung der Dedungsvorlagen in der zweiten Beratung ziemlich glatt vonstatten. Bei den einzelnen Vorlagen sprachen nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Mehrheit, mit der die Kompromißvorschlüge der Regierungsparteien angenommen war, verminderte sich nur bei der Warenhaussteuer, die mit 214 gegen 204 Stimmen angenommen wurde, und bei der Mineralwassersteuer, bei der es 213 Ja-Stimmen, 204 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen gab. Gegen die Warenhaussteuer und die Erhöhung der Umsatzsteuer stimmte auch der Zentrumabgeordnete Schlad, während Minister Stegerwald, den Schlad in seiner Rede am Freitag apostrophiert hatte, mit den Regierungsparteien stimmte. Durch das Abstimmungsergebnis ist die im Ausschuss auf Antrag Rabenmacher (D. Natl.) angenommene Warenhaussteuer gefallen und die Regierungsparteien haben ihren ursprünglichen Entwurf durchgesetzt.

Angenommen wurde mit den übrigen Dedungsvorlagen auch die Vorlage zur Vorbereitung der Finanzreform, in der die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Sicherung der Steuererhebung bei den direkten Steuern nach den Vorschlägen der Regierungsparteien enthalten ist. Die Übergangsregelung des Finanzausgleichs ist auf Wunsch des Steuerausschusses noch zurückgestellt worden, und soll erst nach der Osterpause erledigt werden.

Von den Kommunisten war ein neuer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett eingegangen, der nach der üblichen parlamentarischen Praxis erst nach der dritten Beratung der Dedungsvorlagen zur Abstimmung gekommen wäre. Auf ausdrücklichen Wunsch des Reichstagslers wurde aber am Samstag schon darüber abgestimmt mit dem Ergebnis, daß das Mißtrauensvotum mit 222 gegen 203 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt wurde. Geschlossen für den Mißtrauensantrag stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten, während die deutschnationale Fraktion sich ähnlich wie beim Juncimantrag teilte. Von den Sozialdemokraten haben 23 Abgeordnete nicht teilgenommen.

Stiller siedelt nach Berlin über? Wie die „Welt am Montag“ wissen will, besteht die Absicht, in den nächsten Wochen die Zentrale der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nach Berlin zu verlegen, ebenso die Redaktion des „Völkischen Beobachters“. Auch Adolf Hitler will von München nach Berlin überziehen.

3 1/2 Millionen Rundfunkteilnehmer in Deutschland. Am 1. April betrug die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland 3 238 396. Gegenüber dem 1. Januar 1930 ergibt sich eine Zunahme von 171 714 Teilnehmern oder 5,6 Proz.

Schwere politische Zusammenstöße haben sich in Magdeburg zugetragen. Kommunisten griffen einen nationalsozialistischen Demonstrationzug an, worauf es zu einer Schlägerei kam, bei der mit Steinen geworfen und auch geschossen wurde.

Neuer russischer Vorstoß gegen das Privateigentum. Die Sowjetregierung hat beschlossen, sämtliche in Privatbesitz befindlichen Seeschiffe über 50 Tonnen, sowie Binnen- und Flußschiffe über 25 Tonnen zu nationalisieren. Sportjachten, Motorboote usw. mit höchstens 15-PS-Motorenstärke werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Die Beisetzung der Königin Viktoria von Schweden

Die Trauerfeier in Stockholm

In Stockholm erfolgte am Samstag in feierlicher Weise die Beisetzung der Königin von Schweden. Unter den Trauer Gästen befanden sich der König und der Kronprinz von Norwegen, der König und die Königin von Dänemark, der finnländische Staatspräsident, die Großherzogin Silda von Baden, Schwägerin der verstorbenen Königin, Prinz Berthold von Baden, ihr Vetter, Prinz Adalbert von Preußen und der Fürst von Hohenollern-Sigmaringen, Prinz Victor zu Wied, Prinz Gustaf und Prinzessin Thyra von Dänemark sowie sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps. In der Riddarholmskyrkan fand ein Trauergottesdienst statt, den der Erzbischof von Stockholm abhielt. Während dieser Zeit löste die Marinekapelle auf Slespholmen einen Trauermarsch von 42 Schuß. Die Offiziere, die den Sarg in die Kirche gebracht hatten, trugen ihn in die Grabkapelle der Dynastie Bernadotte, wo er auf einen neben den Katafalken der drei letzten Könige und Königinnen liegenden Sockel gesetzt wurde.

Am Samstagnachmittag fand in Berlin im Berliner Dom ein Trauergottesdienst statt, an dem der Reichspräsident von Hindenburg, Außenminister Dr. Curtius und andere Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Regierung, das gesamte diplomatische Korps teilnahmen. Die schwedische Kolonie war sehr stark vertreten. Vom Geistlichen der schwedischen Kirche wurden die Gedächtnisworte gesprochen. Reichspräsidenten von Hindenburg sprach zum Schluß dem schwedischen Gesandten Af Wirsen sein Beileid aus.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Samstag nachmittag nach seiner ersten Schweißfahrt in diesem Jahre wieder in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff wird heute, Montag, nachmittag zwischen 4 und 6 Uhr zur Fahrt nach Spanien starten.

Die beiden Direktoren der Jagd, Beder und Dr. Kirischbaum sind in Frankfurt a. M. heute vormittag aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden, nachdem die von ihnen geforderte Sicherheitsleistung in Höhe von je 100 000 Reichsmark bei der Gerichtskasse hinterlegt worden ist.

Bei Mainz hat sich aus ungeklärter Ursache ein Personenauto überschlagen, wobei sechs Mitglieder einer Familie schwere Verletzungen erlitten.

Im Bezugsgebiet von Reddinghausen trugen sich mehrere Unfälle zu, die insgesamt fünf Todesopfer forderten.

Angesichts der erschreckenden Zahl der Lebensmüden in Berlin — am Samstag zählte man 16 Selbstmörder — ist jetzt in Berlin eine Liga gegründet worden, die den Lebensmüden Hilfe bringen will. Die leitenden Persönlichkeiten sind Dr. Schillkrug vom Zentralausschuss der Inneren Mission, Professor Dr. Schneider von der Universität Berlin und Magistratsrat Krauth vom Wohlfahrtsamt.

In den Stockholmer Schären stürzte ein Krankenflugzeug ab. Es gab einen Toten und vier Verletzte.

Badischer Teil

Schlussabfindungsangebot der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim

Nachdem das Ministerium des Innern als Aufsichtsbehörde im Verlaufe des vergangenen Jahres nach Maßgabe der Aufwertungsvoorschriften unter eingehender Prüfung und Würdigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse den Beitrag der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim zur Teilungsmasse festgesetzt hat, ist, wie wir hören, nunmehr das von der Rheinischen Hypothekbank eingereichte bekannte Restabfindungsangebot — Ausschüttung von weiteren 5 Prozent des Goldmarkbetrages der Pfandbriefe alter Währung, davon 2 Prozent in bar, 3 Prozent in Liquidationsgoldpfandbriefen mit Zinsenlauf vom 1. Januar 1930 und Ausschüttung von 8 Prozent des Goldmarkbetrages der Kommunalobligationen alter Währung in Liquidationsgoldpfandbriefen — von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden.

Bei der Prüfung des Angebots handelte es sich um wesentlichen darum, ob eine Restabfindung im gegenwärtigen Zeitpunkt im Interesse der Pfandbriefbesitzer liege und insbesondere, ob die von der Bank vorgenommene Bewertung der in der Masse liegenden zweifelhaften Posten als sachgemäß gelten konnte. Das von dem Ministerium eingeholte ausführliche Sachverständigengutachten gelangte gegenüber den gelegentlich in der öffentlichen Diskussion geäußerten Bedenken zu dem Schluß, daß die Schätzung der Hypothekbank zu optimistisch gehalten ist, die endgültigen Ergebnisse den angenommenen Schätzwert der zweifelhaften Posten nicht erreichen werden, und daß sonach „der Bank durch die Übernahme der nur teilweise gesicherten und der ungesicherten Forderungen keine Vorteile erwachsen, auf welche die Pfandbriefgläubiger Anspruch hätten“.

Des weiteren ist Vorfrage dafür getroffen, daß sie auf die nicht eingereichten Pfandbriefe entfallenden Beträge späterhin nicht der Bank, sondern den Pfandbriefbesitzern zugeführt werden können.

Zum Ministerialrat ernannt

wurde vom badischen Staatsministerium der Oberregierungsamt im Kultusministerium Dr. Karl Steiner. Er ist 1868 geboren, bestand 1891 die Staatsprüfung für das höhere Lehramt, wurde 1896 Professor an der Realschule Oberrealschule in Freiburg und 1907 Vorstand der Realschule Achern. Nach Aufhebung des Oberstudienrats berief man ihn 1911 als Kollegialmitglied in das neuerrichtete Ministerium des Kultus und Unterrichts, 1920 wurde er Oberregierungsrat, 1925 verlieh ihm die Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg den Titel: Dr. honoris causa. Im Unterrichtsministerium ist ihm das Referat für Deutsch, Geschichte und Philosophie für die Realschulen und einen Teil der Realschulen übertragen. Ferner ist er Referent für die Staatsprüfungen des höheren Lehramts, Abteilung für Neuere Sprachen und Geschichte. Seit 1. April 1930 ist Dr. Steiner nunmehr Ministerialrat.

Die Landesbibliothek

ist nach Sitzung § 20 wegen Reinigung von Gründonnerstag bis einschließlich Sonntag, den 27. April, geschlossen.

Stellungen zum Finanzgesetz

Die Städte wehren sich in einer Eingabe an Regierung und Landtag gegen die beabsichtigte Kürzung der Staatszuschüsse für die innerhalb der Ortskreise liegenden Landstrafgefängnisse und Erben von neuem die Forderung auf Beteiligung an der Straßfahrzeugsteuer.

Der Badische Beamtenbund wendet sich mit dem Badischen Lehrerverein, dem Lehrerinnenverein, dem Landesverband Baden des Reichsbundes der Höheren Beamten und dem Verband der Polizeibeamten Badens in einer Eingabe an den Landtag dagegen, daß die Gewährung der örtlichen Sonderzuschüsse an badische Beamte in den Städten Mannheim und Hehl schon am 1. April eingestellt werden soll, also vor Ende der Besetzung und bevor das Reich für seine Beamten die entsprechenden Folgerungen zur Tat werden läßt.

Verzicht auf die im Finanzgesetz erhöhte Altersgrenze? In einer sozialdemokratischen Parteiverammlung in Karlsruhe teilte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Staatsrat und Abgeordneter Maier, mit, daß auch die im Finanzgesetz geplante Erhöhung der Altersgrenze für das Dienstalter der badischen Beamten (von 65 auf 67 Jahre) fallen werde.

Schuljahrbeginn und Ferienordnung

Das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hatte die Handelskammer Karlsruhe ersucht, sich zum Standpunkt der betroffenen Wirtschaftskreise zu den Fragen zu äußern, die mit dem Zeitpunkt des Schuljahresbeginns und mit der Ferienordnung zusammenhängen. Die Handelskammer hat daraufhin in ihrer letzten Vollversammlung nach einem Bericht von Herrn Dr. Koch zu den Fragen, soweit sie den Interessenbereich von Industrie und Handel betreffen wie folgt Stellung genommen:

Hinsichtlich der Frage des Schuljahresbeginns würde es die Handelskammer begrüßen, wenn in Baden der alte Zustand wieder eingeführt würde, wonach das Schuljahr bei den Volksschulen nach den Osterferien und bei den höheren Schulen nach den großen Ferien im Herbst begann, da diese Regelung für die Wirtschaftskreise vorteilhafter gewesen ist als die heutige Einrichtung mit einheitlichem Schuljahresbeginn an Ostern für sämtliche Schulgattungen. Die Vorteile bestanden vor allem darin, daß die Firmen aus Handel und Industrie zweimal im Jahre Lehrlinge einstellen konnten, was mit dem Vorzug namentlich für die größeren Betriebe verbunden war, daß sich die Einarbeitung der Lehrlinge auf zwei Zeiträume im Jahre verteilte; der eine Teil der Lehrlinge war schon etwas eingearbeitet, wenn der andere Teil eintrat. Als ungewöhnlich empfindet die jetzige Regelung insbesondere auch der Einzelhandel, für den sich der Beginn des Schuljahres nach den Osterferien infolge sehr ungünstig ausgewirkt hat, als dadurch die Ausrückung der Lehrlinge in die Zeit des lebhaftesten Geschäftsganges, in die Sommermonate Mai—Juni, fällt und dann natürlich schwieriger durchzuführen ist, als dies in den ruhigeren Geschäftsmonaten September—Oktober möglich wäre. Außerdem bezieht auch der Einzelhandel das Sommersemester als zu kurz, insbesondere wenn man noch berücksichtigen will, daß es sich hier um die heißesten Monate im Jahre handelt; kaum begonnen, würde der Schulunterricht durch die großen Ferien eine zu große Unterbrechung erleiden.

Was die Frage der Ferienverteilung anlangt, so ist die Handelskammer Karlsruhe der Auffassung, daß im Interesse des Hofgelbes und Fremdenverkehrs die Ferien in den einzelnen Teilen des Reiches zu verschiedenen Zeiten beginnen sollten, um auf diese Weise eine Verlängerung der Saison für die ohnehin schwer kämpfende Hotelindustrie zu erreichen und eine Überfüllung der Bäder- und Kurorte in einzelnen Wochen zu vermeiden. Sie hat deshalb der badischen Regierung dringend empfohlen, eine einheitliche Regelung der Ferien, die auch schon aus dem Grunde nicht in Frage komme, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu verschieden liegen, nicht zu befürworten.

Die Kammer hat schließlich noch die Notwendigkeit einer Festlegung des Osterfestes betont, um auf diese Weise auch zu einer einheitlichen Verteilung des Schuljahres zu gelangen.

Aus der badischen Industrie

Die Lokomotivabteilung des Reichsbahnausbesserungswerkes Schweiningen wird, der „Schweinger Zeitung“ zufolge, demnächst geschlossen werden. In dieser Abteilung sind zur Zeit über 300 Arbeiter beschäftigt. Der größte Teil der Belegschaft wird in die Güterwagenabteilung übernommen. Voraussichtlich werden 100 Mann zum 1. Mai die Kündigung erhalten. Die Stilllegung der Lokomotivabteilung hängt zusammen mit der allgemeinen Rationalisierung des Reichsbahnverkehrs und ist auch zum Teil eine Folge des angeführten Sparprogramms der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Wie aus Gaggenau gemeldet wird, sind die Daimler-Benz-Werke gezwungen, weitere Entlassungen vorzunehmen. Am Samstag sollen wieder ca. 300 Arbeiter entlassen werden. Der Grund zu den Entlassungen ist in einem sehr schlechten Absatz der Fertigfabrikate zu suchen.

Aus der Landeshauptstadt

Ausbau der Volksschule

Der Stadtrat Karlsruhe beschäftigte sich mit der Änderung der Volksschulorganisation. Dazu hatte das Stadtschulamt eine eingehende Denkschrift vorgelegt. Der starke Anhang zur höheren Schule, der in dem letzten Jahre in Karlsruhe 35 Proz. betrug, führt dieser auch Ungeignetheit zu und gefährdet die Leistungshöhe. Für den weniger Befähigten bedeutet diese Bildungsbahn heute nicht mehr den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Die Überfüllung der höheren Schulen steht im Mißverhältnis zu dem wirklichen Bedarf an wissenschaftlich geschultem Nachwuchs. Dem Volksschüler werden die gehobenen Laufbahnen nahezu völlig verschlossen; sogar die höhere Handelsschule ist ihm nicht mehr zugänglich.

Der Ausbau der Volksschule soll daher Volksschule und Berufsschule in enger Verbindung bringen und den Schülern eine bessere Bildung fürs Leben vermitteln. Hierzu wird von Wirtschaftsführern, Kaufleuten, Handelslehrern die Vorbereitung einer Fremdsprache für die sprachlich befähigten Schüler gefordert, um dann die kaufmännische Berufsbildung durch die Handelsschule höher führen zu können. Dazu kommt andererseits die Schaffung beweglicherer Schulformen, um bei den Schülern praktische, künstlerische und handwerkliche Anlagen zu pflegen. Der freiwillige Handfertigkeitsunterricht, der heute noch außerhalb des Schülerdeputats liegt, wird zu diesem Zwecke in die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung der Schüler eingegliedert und in enge Verbindung mit anderen Fächern gebracht.

Die neue Organisation der Oberstufe an der Volksschule hält die Schüler in einem gemeinschaftsbildenden Unterricht zusammen, ermöglicht ihnen aber für vier Wochenstunden die Wahl zwischen fremdsprachlichem (französischem) Unterricht und einem Förderunterricht in den Elementarfächern mit Werkstattunterricht.

Die Umänderung der Organisation soll nach Genehmigung des Unterrichtsministeriums vorerst nur versuchsweise in

einigen Schulabteilungen durchgeführt werden. Der Versuch dient der Gewinnung von Erfahrungen zwecks späterer Übertragung auf das ganze Volksschulwesen der Stadt.

Rheinstrandbad Rappensdorf. Der geordnete Badebetrieb im Rheinstrandbad Rappensdorf wird am Samstag, dem 19. April, wieder aufgenommen.

Die Flecken verschwinden im Stadtbild. Mit dem Einzug des Frühlings in Stadt und Land hat auch das Karlsruher Stadtbild Schritt gehalten. Nicht nur, daß in den Gärten und Anlagen überall neues Leben erwacht ist, auch eine große Anzahl öffentlicher und privater Gebäude haben ein neues Gewand erhalten oder sind gerade im Begriff, verputzt und „frisch gestrichen“ zu werden. Das Sammlungsgebäude steht nunmehr inmitten des auflösenden Friedrichsplatzes und des Rhympfengartens ebenso neu und schön, wie die umgebende Natur selbst. Auch die Badische Kunsthalle ist wieder instandgesetzt und — kann man seinen Augen trauen — sogar die Münze, Weinbrenners klassische Schöpfung, dieser bald sprichwörtlich gewordene „Stein des Anstoßes“, ist eben von einem Gerüst umgeben, was zeigt, daß auch dieses Gebäude in Kürze verjüngt und verschönert eine Fierde der Stadt bilden wird.

Badisches Landestheater. Die Woche vor Ostern bringt an Wiederholungen am Dienstag, dem 15. April, Galas Oper „Die Jüdin“, am Mittwoch, dem 16. April, für die Volksbühne das Schauspiel „Die Affäre Drexfus“, und am Gründonnerstag dem 17. April, die Oper „Tiefstand“ von d'Albert. Die am Samstag, dem 19. April, zum erstmaligen wieder im Spielplan erscheinende Tragödie „Othello“ von Shakespeare wird von Ulrich von der Trenck neu einstudiert. Die Titelrolle spielt Paul Hiel. In den beiden Overturen geht, wie in den Vorjahren Richard Wagner's Bühnenwechselfestspiel „Parsifal“ in Szene. Im Konzerthaus gelangt am Ostermontag und -montag „Der Mann, der seinen Namen änderte“ von Edgar Wallace zur Wiederholung. In Vorbereitung befindet sich Schillers „Don Carlos“ und das Schauspiel „Brüder China!“ von E. Treliatow.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine am Samstag östlich Badens gelegene Depression ist durch den sehr kräftigen Vorstoß polarer Luft über Nord- und Osteuropa nach Südosten abgedrängt worden. Jetzt liegt sie in mehrere Kerne zerfallen über Mitteleuropa, in das hinter den abziehenden Störungen hier Kaltluft einbricht. In der Bitterung wird morgen von der Kaltluft bestimmt sein. **Wetterausblick:** Unbeständig und kühl, mit streifenweisen Regenperioden. Nördliche Winde. In höheren Gebirgslagen leichter Neuschnee.

Kurze Nachrichten aus Baden

Sigurd Jöben gestorben

W.D. Freiburg i. Br., 14. April. (Tel.) Im Alter von 71 Jahren ist der frühere norwegische Ministerpräsident Sigurd Jöben heute morgen gegen 9 Uhr nach langer Krankheit hier verstorben. Der Heimgegangene hatte schon zu früherer Zeit in Freiburg Heilung von einem Leiden gesucht, dessen Verhinderung einen neuerlichen Aufenthalt in Freiburg notwendig machte. Ein vor einigen Wochen vorgenommener operativer Eingriff hatte die erhoffte Besserung gebracht, jedoch nicht verhindern können, daß andere Komplikationen eintraten, die zum Ableben führten. Sigurd Jöben war der Sohn des Dichters Henrik Jöben und ist nicht nur als Politiker, sondern auch als Schriftsteller bekannt geworden. Von 1903 bis 1905 war er norwegischer Staatsminister. Als Schriftsteller ist er durch sein Drama „Robert Frank“ bekannt geworden, das auch ins Deutsche überetzt wurde.

bid. Bruchsal, 13. April. Am Sonntag stürzte der 38 Jahre alte Rechtsanwalt August Kapferer aus Mosbach zwischen Ringolsheim und Langenbrunn aus dem Schnellzug. Kapferer befand sich auf der Heimreise, von Augsburg kommend. Die Leiche wurde glücklich verfrachtet hinter der Station Langenbrunn aufgefunden.

D3. Kronau (Amt Bruchsal), 12. April. Wie wir hören, hat der zum Tode verurteilte 19jährige Mörder Karl Bindel ein Gnabengesuch eingereicht.

D3. Schloß Langenstein, 12. April. In Linköping (Schweden), ist 75 Jahre alt die Mutter des Grafen Douglas, Gräfin Anna Douglas, gestorben. Sie war die Tochter des Ministers des Äußern, Graf Ehrensdorff und verheiratet mit dem Grafen Ludwig Wilhelm Douglas, der gleichfalls das Amt eines schwedischen Außenministers bekleidet hat.

D3. Unterlauringen, 14. April. Am Samstagnachmittag ließ der Fuhrmann eines Fuhrwerks der Spinnerei Lauffenmühl zwei Knaben aufsteigen. In einer Kurve kam die Decke, auf der die Knaben saßen, ins Ausfrischen, und die beiden stürzten vom Wagen herab. Während der eine völlig unversehrt davontam, brach der andere, der 10 Jahre alte Volksschüler Arthur Karle, das Genick und war sofort tot. Den Fuhrmann trifft keine Schuld.

D3. Tiengen (Amt Waldshut), 12. April. Die Zigarrenfabrik Billinger & Söhne hat das ihrer Fabrik gegenüberliegende Baugelände erworben, um dort eine neue Fabrikationshalle mit etwa 180 Arbeitsplätzen zu errichten. In der Hauptfasse befaßt sich die Firma mit dem Stumpenfabrikation.

D3. Basel, 13. April. In einer gemeinsamen Tagung des Basler Architekten- und Ingenieurvereins mit Fischereieressenten wurde nach einem Vortrag von Professor Sehlmann bezüglich der Gefahren, die das Kraftwerk Kembs für die Rheinischerei mit sich bringt, eine Resolution gefaßt, in der es u. a. heißt, es sei die Erhaltung der Rheinischerei mit allen Mitteln anzustreben. Der Konzeptionsinhaber des Kraftwerks Kembs sei zu erjuden, nichts zu unterlassen, was zu ihrer Unterhaltung im Rhein dienen könne.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. April		12. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.14	168.48	168.12	168.46
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.30	112.16	112.38
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.358	20.398	20.364	20.404
New York . . . 1 D.	4.1865	4.1935	4.1865	4.1945
Paris . . . 100 Fr.	16.385	16.425	16.395	16.435
Schweiz . . . 100 Fr.	61.155	61.295	61.11	61.27
Wien 100 Schilling	58.985	59.105	58.375	59.095
Brag. . . 100 Kr.	12.40	12.42	12.404	12.424

Landesgewerbebank für Südwestdeutschland AG., Karlsruhe
Die Landesgewerbebank für Südwestdeutschland AG. in Karlsruhe hielt Samstag nachmittag im „Eintrachtssaal“ ihre 14. ordentliche Generalversammlung ab. Bei 25 Millionen Reichsmark Aktienkapital waren 100 400 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende des A. A., Günther (Direktor der Vereinsbank Rastatt) und Direktor des Verbandes der unter-

badischen Kreditgenossenschaften), eröffnete die Generalversammlung mit Begrüßungsworten und mit dem Hinweis auf das zurückliegende ungeheure schwere Jahr, das den Zusammenbruch der Favaog brachte, mit der die Landesgewerbebank in engen geschäftlichen Beziehungen stand.

Vandirektor Gündel erläuterte den Geschäftsbericht, wobei er einen kurzen Rückblick auf die Wirtschaftslage warf und dann die verhängnisvollen Auswirkungen des Zusammenbruchs der Favaog schilderte. Dank des Eingreifens der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse konnte die Bank trotz der schwierigen Umstände eine gütliche Regelung erreichen. Die Bank habe im verfloßenen Jahre die denkbar stärkste Belastungsprobe glücklich bestanden. Neben der Preußentasse sei auch die Badische Bank der Landesgewerbebank hilfreich zur Seite gestanden. Nicht zuletzt verdienten die Genossenschaftler Dank und Anerkennung, daß sie ihrer Bank die Treue gehalten hätten. — Direktor Engelmann von der Preußentasse beglückwünschte die Bank zu dem erzielten Ergebnis und unterstrich, daß der Zusammenhalt der Genossenschaftler Wunder gewirkt habe, auf die sie stolz sein dürften. Auch aus der Mitte der Versammlung heraus wurde zum Ausdruck gebracht, daß man zur Verbandskasse volles Vertrauen haben dürfe, und daß man einig sei in dem aufrichtigen Dank an all die Männer, die bei der Vereinigung mitgewirkt haben.

Darauf wurde die Bilanz in Höhe von 12,1 Millionen Reichsmark (17,6 Millionen Reichsmark im Jahre 1928) einstimmig genehmigt, ebenso die Vorschläge des Aufsichtsrats zur Verlustdeckung bei einem Verlustvortrag von 22 000 Reichsmark. Nachdem Vorstand und Aufsichtsrat ebenso einstimmig Entlastung erteilt worden war, konnte der Vorsitzende die Generalversammlung schließen.

über das badisch-pfälzische Geschäft der D.D.-Bank berichtet anlässlich der ersten Gemeinschaftsbilanz der vereinigten Institute, also auch der früheren Rhein. Creditbank und der Südd. Discontogeb., die „N. Bad. Landesztg.“. Umsatz 1929: Reichsmark 37 Mdn. von einer Seite in 38 Niederlassungen, 6 Zahlstellen und 14 Depotstellen. Gegenüber einem Gesamtumsatz der vereinigten Banken von 460 Mdn. macht das fast 10 Proz. aus, und das badisch-pfälzische Gebiet werde nur übertragt von dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Nächste sollen 4 neue Stellen eröffnet werden. Beamtenziffer 2000; Bilanzsumme 482 Mdn., was den größten noch bestehenden Provinzialbanken nahekommt. Auch im Bezirke hat sich gezeigt, daß einzelne Kunden bei beiden Banken Kredite in Anspruch genommen hatten, unter Vorlage ganz verschiedener Angaben über ihre Vermögensverhältnisse. Diese Konten sind einer Prüfung unterzogen und solche Geschäftsverbindungen aufgelöst worden, deren Aufrechterhaltung weder einem privatwirtschaftlichen noch einem volkswirtschaftlichen Interesse entsprach. Inwieweit können natürlich auch der Bank Verluste entstehen, für deren Abdeckung aber in der Bilanz für 1929 schon weitestgehend Vorproben getroffen worden sei.

Brown, Boveri, Mannheim. — Brown, Boveri AG., Mannheim, erzielte im Geschäftsjahr 1929 einen Nettogewinn von 17,91 (17,46) Mill. Reichsmark. Generalunkosten erforderten 11,28 (11,37), Steuern 2,36 (2,33) Mill. Reichsmark, abgeschrieben wurden 1,88 (1,81) Mill. Reichsmark; es verbleibt somit, einschließlich des Gewinnvortrages, ein Nettogewinn von 2 436 738 (1 962 532) Reichsmark, woraus befallig wieder 9 Prozent Dividende auf 25 Mill. Reichsmark Aktienkapital verteilt werden sollen. Nach dem Bericht zeigt das abgelaufene Geschäftsjahr eine weitere Steigerung des Umsatzes. Der Auftrag auf das größte europäische Dampfturbinenaggregat wurde ausgeführt, der Maschinenfabrik von 85 000 Kilowatt wurde im vergangenen Herbst von den Elektromotoren in Betrieb genommen. Aus der Schwerindustrie erhielt die Gesellschaft weitere Aufträge auf Turbo-Gebläse und Turbo-Kompressoren. Die Abteilung für Wasserkraftgeneratoren war stark beschäftigt und tritt mit einem beträchtlichen Auftragsbestand in das neue Jahr ein. Die Transformatorenfabrik war mit Aufträgen auf Großtransformatoren befriedigend versehen. Dagegen hat die Reichsbahn auch im Berichtsjahr weiter mit Aufträgen zurückgehalten.

Großhandelsindex etwas erhöht. Die auf den Stichtag des 9. April berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich mit 126,9 gegenüber der Vormoche (126,6) um 0,3 Prozent erhöht. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,0 Prozent auf 112,2 (111,1) gestiegen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist mit 125,4 (125,6) und diejenige für industrielle Fertigwaren mit 152,0 (152,1) leicht zurückgegangen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 15. bis 21. April 1930

Dienstag, 15. April. * C 20. Th.-Gem. 1—100 und 1501 bis 1550. Die Jüdin. Große Oper von Galkow. 20 bis 23 (7 M).

Mittwoch, 16. April. Volksbühne: 3. Aprilvorstellung. Die Affäre Drexfus. Schauspiel von Heffisch und Herzog. 19½ bis nach 22¼ (5 M).

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Donnerstag, 17. April. * D 21 (Donnerstagnacht). Th.-Gem. 1201—1300. Tiefstand. Lustspiel von d'Albert. 19½ bis gegen 22 (7 M).

Freitag, 18. April. Keine Vorstellung.

Samstag, 19. April. * A 21. Th.-Gem. III. S.-Or. 2. Hälfte. Neu einstudiert: Othello. Trauerspiel von Shakespeare. 19½ bis 22¼ (5 M).

Sonntag, 20. April. Außer Miete (Erstes Vorrecht C). Parsifal. Von Wagner. 17 bis 21¼ (9 M).

Montag, 21. April. Außer Miete (Erstes Vorrecht D). Parsifal. Von Wagner. 17 bis 21¼ (9 M).

Vorrechtsverkauf für Platzmieter zu „Parsifal“ mit 15prozentiger Preisermäßigung in nachstehender Reihenfolge:

a) für Sonntag, den 20. April 1930, 1. Vorrecht Mietabt. C.
b) für Montag, den 21. April 1930, 1. Vorrecht Mietabt. D.
am Samstag, dem 12. April, vormittags 9½—10 Uhr.
Die übrigen Mietabteilungen am gleichen Tag von 10 bis 13 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf von Montag, den 14. April, vormittags 9½ Uhr ab.

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 20. April. * Der Mann, der seinen Namen änderte. Schauspiel von Wallace. 19½ bis 21¼ (4,10 M).

Montag, 21. April. * Der Mann, der seinen Namen änderte. Schauspiel von Wallace. 19½ bis 21¼ (4,10 M).

Umtausch für Inhaber von Wochenenden Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telefon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Telefon 388; und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Telefon 1420; Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserstraße 29, Telefon 4351, und Kaufmann Karl Golzsch, Werderplatz 48, Telefon 503.

